Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4562**

16. Wahlperiode 07. 03. 2007

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Schienenlärm ursächlich bekämpfen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Jahre 2006 fand in Deutschland ein deutlicher Anstieg des Güterverkehrs auf der Schiene statt. Diese Entwicklung ist zu begrüßen, denn sie entspricht der verkehrspolitischen Zielvorgabe „Mehr Verkehr auf die Schiene“ zu verlagern. Gerade die Schiene ist ein umweltfreundlicher und sicherer Verkehrsträger, doch wird mehr Schienengüterverkehr, insbesondere an den Hauptstrecken, nur dann akzeptiert, wenn vorhandene Lärmminderungspotentiale ausgeschöpft werden und damit die Lärmbelastung der Anwohner so weit wie möglich reduziert wird.

Zur Lösung dieses Problems hat die Bundesregierung einen deutlichen Akzent gesetzt und im Hinblick auf die Koalitionsvereinbarung die Fördermittel für „Maßnahmen der Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen der Eisenbahnen des Bundes“ im Haushaltsjahr 2006 von ursprünglich 50 Mio. Euro auf 76 Mio. Euro und nunmehr für das Haushaltsjahr 2007 sogar auf 100 Mio. Euro erhöht. Auch wurde von der Bundesregierung am 2. Februar 2007 das nationale Verkehrslärmschutzpaket „Lärm vermeiden – vor Lärm schützen!“ vorgestellt, das unter anderem auch die Lärmsanierung an Schienenwegen beinhaltet. Für die Bundesregierung hat dabei die Lärmminderung an der Quelle als wirksamster Lärmschutz Priorität, denn sie macht aufwändige bauliche Lärmschutzmaßnahmen überflüssig.

Es ist aber unstrittig, dass ein wesentlicher Teil der vom Schienengüterverkehr ausgehenden und subjektiv empfundenen Lärmbelastungen aus dem Zusammenwirken herkömmlicher Graugussbremssohlen mit dem Rad-Schiene-System im Bereich der Güterwagen resultiert. Zwischenzeitlich haben sowohl Wissenschaftler als auch Praktiker nachgewiesen, dass mit dem Einsatz moderner Verbundstoffbremssohlen (K-Sohlen) die Rollgeräusche von Güterwagen spürbar gesenkt werden können. Der wahrgenommene Lärm kann so nahezu halbiert werden.

Mit der Entscheidung der Kommission vom 23. Dezember 2005 über die Technische Spezifikation für die Interoperabilität zum Teilsystem „Fahrzeuge – Lärm“ („TSI Noise“) sind auf europäischer Ebene Grenzwerte für neue Güterwagen eingeführt worden, mit denen der Einsatz von K-Sohlen oder vergleichbar lärmarmer Technik bei Neufahrzeugen obligatorisch wird. Die EU-Kommission hat zudem in Kapitel 7.4 des Anhangs zur TSI Noise festgestellt, dass es ferner erforderlich ist, auch den vorhandenen Fahrzeugbestand nachzurüsten. Bei einer mittleren Laufleistung von Güterwaggons von ca. 40 Jahren sollte durch ein Anreizsystem die Möglichkeit geschaffen werden, dass die Betreiber von Güterwaggons schnell an einer Umrüstung interessiert sind.

Da Güterwagen in internationalen Verkehren eingesetzt werden, machen nationale Insellösungen nur bedingt Sinn, so dass hier europaweiter Handlungsbedarf besteht.

Innerhalb der Bundesregierung besteht die Absicht, zur Klärung aller noch offenen Fragen, die in Zusammenhang mit der Lärmsanierung Schiene und insbesondere mit der Nachrüstung von lärmarmen Bremsen an Güterwagen stehen, eine interministerielle Arbeitgruppe einzurichten. Der Deutsche Bundestag begrüßt diese Absicht ausdrücklich.

Das nationale Trassenpreissystem sollte so gestaltet werden, dass Umweltauswirkungen des Schienengüterverkehrs bei der Preisgestaltung berücksichtigt werden können. Mit höheren Trassenpreisen für laute Fahrzeuge wird ein wirtschaftlicher Anreiz zur schnelleren Umrüstung alter Güterwagen mit lärmarmen Bremssohlen und zu deren Einsatz auf den hochbelasteten Strecken geschaffen.

Daneben fördert die Bundesregierung gezielt die Verkehrslärmforschung gerade auch im Bereich des Schienenverkehrs. Dabei stehen folgende Forschungsprojekte im Vordergrund:

– die Entwicklung eines lärmarmen Güterzuges,
– eine Methode, die das lärmmindernde Schleifen von Schienen erheblich beschleunigt,
– die Auswirkung von Schienengeräuschen auf das Schlafverhalten und
– die Erhöhung der Wirksamkeit von Lärmschutzwänden durch speziell geformte Oberkanten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- im Rahmen ihrer EU-Präsidentschaft darauf hinzuwirken, dass seitens der Europäischen Kommission kurzfristig geeignete Maßnahmen ergriffen werden, dass die auf europäischer Ebene eingeführten lärmreduzierten Grenzwerte für neue Güterwagen auch von Bestandsgüterwagen schnellstmöglich eingehalten werden, damit Bestandsgüterwagen schnell mit modernen Verbundstoffbremssohlen (K-Sohlen) ausgerüstet werden;
- im Rahmen der geplanten interministeriellen Arbeitgruppe zum Thema Lärmsanierung Schiene folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:
  – Wettbewerbsneutralität und Bürokratievermeidung eines möglichen Lärmsanierungsprogramms,
  – Vereinbarkeit von geeigneten nationalen Maßnahmen zur Nachrüstung von Verbundstoffbremssohlen an Güterwagen mit deutschem und europäischem Recht,
  – Einführung eines nach Lärmemissionen gespreizten Trassenpreissystems auf dem Verordnungsweg unter Anwendung des Verursacherprinzips,
  – mögliche Anreize für die Nachrüstung von Verbundstoffbremssohlen an Güterwagen;
- die DB Netz AG aufzufordern, ihr Trassenpreissystem so zu gestalten, dass Lärmauswirkungen des Schienengüterverkehrs bei der Preisgestaltung berücksichtigt werden können.

Berlin, den 7. März 2007

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333